

NZZ am Sonntag, 29. August 2004

## Zürcher FDP prüft Swiss-Finanzspritze

**Die FDP des Kantons Zürich setzt eine Arbeitsgruppe zur Swiss ein. Sie soll klären, ob die Fluggesellschaft «Teil des Service public» sei, und Grundlagen für eine allfällige Finanzspritze oder Aktienkapitalerhöhung erarbeiten.**

Pascal Hollenstein

Die FDP des Kantons Zürich will klären, ob die Fluggesellschaft Swiss zur staatlich garantierten Grundversorgung des Landes zu zählen ist. «Es stellt sich in der Tat die Frage, ob die Swiss nicht Teil des Service public ist - wie die SBB oder die Postautos», sagt die kantonalzürcherische FDP-Präsidentin Doris Fiala zu einem am Freitag erschienenen Interview in der Zeitung «Le Temps», in dem sie die Schaffung einer entsprechenden Arbeitsgruppe ankündigte. Bei all diesen Unternehmen gehe es ja darum, volkswirtschaftlich wichtige Verkehrsverbindungen zu gewährleisten, fügt Fiala an.

Die Frage nach dem Service-public- Charakter und der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Swiss sei für die FDP Zürich sehr wichtig, sagt Fiala. «Sie wird spätestens dann virulent, wenn es allenfalls um die Frage eines Beitrages an die Liquidität des Unternehmens oder um die Aufstockung des Aktienkapitals geht», sagt die oberste Zürcher Freisinnige. Das seien zwar einerseits ökonomische Fragen, andererseits aber auch politische. Vom Grounding der Swissair sei die Zürcher FDP «auf dem linken Fuss» erwischt worden, was der Partei «extrem geschadet» habe. Dieses solle sich mit der Swiss nicht wiederholen, «deshalb wollen wir uns jetzt schon seriös auf ein mögliches Worst-Case-Szenario vorbereiten», sagt Fiala. Dies gelte insbesondere für die Frage zusätzlicher staatlicher Gelder für die Schweizer Fluggesellschaft.

In der Arbeitsgruppe, die gemäss FDP-Präsidentin Fiala breit abgestützte Grundlagen für die Strategie der Partei im Luftfahrtossier erarbeiten wird, sollen neben FDP-Parlamentariern aus dem Kanton Zürich auch der Präsident der FDP Schweiz, Rolf Schweiger, sowie Unternehmensführer, Volkswirtschaftler und Aviatik- Experten Einsitz nehmen. Die Einladungen zur Teilnahme würden in der kommenden Woche versandt, kündigte Fiala an. Die Überlegungen der Gruppe, die Fiala im Übrigen nicht als «freisinnige Selbsterfahrungsgruppe» verstanden haben will, würden in ein Grundsatzpapier übersetzt und den Delegierten der Partei vorgelegt werden. Es gehe darum, dass die Zürcher Freisinnigen in der Luftfahrtpolitik, gestützt auf dieses Grundsatzpapier, in den eidgenössischen Räten geschlossen aufträten. Zudem werde man die Zürcher Positionen der schweizerischen Mutterpartei unterbreiten.

Rolf Schweiger, Präsident der FDP Schweiz, erklärte auf Anfrage, es sei richtig, sich in dieser Frage Gedanken zu machen, zumal der Aviatik in der Schweiz in der Tat eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zukomme. Die FDP sei zu jeder Debatte bereit. Es gebe darüber hinaus durchaus Gründe, sich auf den Standpunkt zu stellen, dass der Luftverkehr «qualitativ nichts anderes als der Bahn- oder Busverkehr ist», sagte Schweiger. Er könne die Ergebnisse der Arbeitsgruppe allerdings nicht vorwegnehmen.

Zumindest in Teilen macht das FDP- Nationalrat Ruedi Noser, der ebenfalls in der Arbeitsgruppe sitzen soll. Zwar könne man im Freisinn tatsächlich über alles diskutieren und jede Frage stellen, das gehöre zur Kultur der Partei. «Die Frage, ob eine Fluggesellschaft zum Service public gehört, ist für mich aber jetzt schon klar zu beantworten: Nein», sagt Noser.

Kommentar

### **Die FDP Zürich spielt mit dem politischen Feuer**

Das Grounding der Swissair und die darauf folgenden politischen und personellen Turbulenzen haben der FDP Zürich schweren Schaden zugefügt. Es ist deshalb verständlich und umsichtig, dass diese Partei alle Vorkehrungen trifft, um im Falle der Swiss nicht in ähnliche Kalamitäten zu geraten. Eine vorausschauende strategische Planung, womöglich in Szenarien, ist deshalb vernünftig und der Plan von FDP-Präsidentin Doris Fiala, in einer Arbeitsgruppe Grundlagen hierfür zu erarbeiten, zu begrüßen. Dass die FDP-Präsidentin aber ohne Not eine öffentliche Diskussion darüber anzettelt, ob die Swiss zum Service public gehört, ist unvorsichtig, zumal der Begriff mit einer Politik der Strukturhaltung und des staatlichen (finanziellen) Interventionismus verbunden ist. Die FDP sollte sich hüten, sich in die Ecke jener zu begeben, die ständig nach Staatsgeld für unprofitable Betriebe und Unternehmen rufen. Dies ist die Rolle der SP. Die FDP tut gut daran, sie ihr zu überlassen.  
(pho.)